

N i e d e r s c h r i f t

über die 33. Sitzung des Rates der Stadt Krefeld am Donnerstag, 30.10.2008, 18:00 Uhr im Seidenweberhaus

I. Öffentlicher Teil

Anwesend waren unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Kathstede und Bürgermeisterin Meincke (von 19.45 Uhr bis 19.58 Uhr)

CDU

Ratsherr Blondin
Ratsherr Brockers
Ratsherr Drabben
Ratsherr Fabel
Ratsherr Feld
Ratsfrau Hillmann
Ratsherr Horn
Ratsherr Jakubowski
Ratsherr Kaiser
Ratsherr Kreuzberg
Ratsherr Läckes
Ratsherr Lichtenberg
Bürgermeisterin Meincke
Ratsherr Minhorst
Ratsfrau Müllers
Ratsherr Näser
Ratsfrau Neukirchner
Ratsfrau Oellers
Ratsherr Reuters
Ratsfrau Ritters
Ratsherr Dr. Ruhland
Ratsherr Siebertz
Ratsherr Wettingfeld
Ratsherr Wirtz
Ratsherr Wolff

SPD

Ratsherr Backerra
Ratsherr Becker
Ratsherr Bovenkerk
Ratsherr Butzen
Ratsfrau Drießen-Seeger
Ratsfrau Gebhardt-Woelke
Ratsherr Haas
Ratsherr Hahnen
Ratsherr Hengst
Ratsherr Kokol
Ratsherr Meyer
Ratsfrau Nottebohm
Bürgermeister Scheelen
Ratsfrau Schnell
Ratsfrau Schneppe
Ratsherr Schupp (bis TOP 35)
Ratsherr Wiedelbach

Grüne

Ratsfrau Akpoyibo
Ratsfrau Behr
Ratsherr Bänders
Ratsfrau Brinner
Ratsfrau Mälzer
Ratsfrau Matthias
Ratsherr Renner
Ratsherr Rundmund

FDP

Ratsherr Heitmann
Ratsherr Hoffmann
Ratsherr Konow
Bürgermeisterin Pilat
Ratsherr Dr. Porst

KK/Die Unabhängigen

Ratsherr Brincks
Ratsherr Lattrich
Ratsherr Pasch

KWG

Ratsherr Krings

UB

Ratsherr Lippke

Von der Verwaltung

Stadtdirektorin Zielke
Beigeordneter Schneider
Beigeordneter Micus
Stadtkämmerer Abrahams
Beigeordneter Visser
Stadtverwaltungsdirektor Maas
Ltd. Stadtrechtsdirektorin Hahnen-Michanickl
Ltd. Stadtrechtsdirektor Schabrich
Stadtverwaltungsdirektor Ahlers
Presseamtsleiter Bauermeister
Stadtoberverwaltungsrat Cloos
Stadtamtsrätin Apelt

Fraktionsgeschäftsführer

Herr Könen
Herr Plaßmann
Herr Klemm
Frau Kurpjuweit
Herr Schmedders

nicht anwesend/entschuldigt

Ratsherr Schittges
Ratsfrau Schoofs

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1.	Genehmigung der Niederschrift über die 32. Sitzung des Rates am 04.09.2008 - Öffentlicher Teil -		
2.	Mitteilungen und Eingänge		
3.	nicht belegt		
4.	Einwohnerfragestunde	3993/08	
5.	Abberufung eines Prüfers beim Fachbereich Rechnungsprüfung	3780/08	
6.	Unterrichtung über die von der Verwaltung angenommenen Spenden	3984/08	793/08
7.	Vergnügungssteuersatzung der Stadt Krefeld	3988/08	794/08 795/08
8.	Erlass einer Gebührensatzung für Tätigkeiten nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW)	3969/08	790/08
9.	Einrichtung einer ausländerrechtlichen Beratungskommission und Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2008	3994/08 4000/08	796/08
10.	Klageverfahren gegen die Änderungsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf	3989/08	
11.	Beteiligung der Stadt Krefeld am Chemischen und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper als Anstalt öffentlichen Rechts	3863/08	769/08 770/08
12.	Änderung der Benutzungsordnung und Entgeltregelung für die Mediothek Krefeld	3828/08	767/08
13.	Rechtsverordnung zur Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Überschneidungsgebieten für Grundschulen und Schulbezirke für Berufsschulen - ohne Bezirksfachklassen - der Stadt Krefeld	3867/08	
14.	Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Krefeld und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme	3925/08/1	
15.	2. Änderung zur Satzung über die Benutzung von Übergangs-heimen der Stadt Krefeld für die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme	3926/08	
16.	1. Änderung der Satzung über die Benutzung von Übergangs-heimen für Aussiedler, Spätaussiedler und Zuwanderer und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme	3929/08	
17.	Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Krefeld	3721/08	744/08

	Vorlage-Nr.:	Anlage-Nr.:
18. Aufhebung der Richtlinien sowie des Jugendhilfeausschuss- bzw. Ratsbeschlusses hinsichtlich der Richtlinien für die Anerkennung als finanzschwacher Träger bei Schwerpunkteinrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	3866/08	
19. nicht belegt		
20. 34. vereinfachte Änderung des Landschaftsplanes der Stadt Krefeld im Bereich des Naturschutzgebietes Egelsberg Satzungsbeschluss	3704/08	740/08
21. Ehemaliger Güterbahnhof Antrag zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes	3930/08	
22. Bebauungsplan Nr. 742 – Güterbahnhof Süd – Einleitender Beschluss	3900/08	
23. I. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 428 – beiderseits Emil-Schäfer-Straße – Entscheidung über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	3887/08	774/08
24. Bebauungsplan Nr. 610/1 – östlich Parkstraße/südlich Wester-burgstraße – Einleitender Beschluss	3935/08	
25. Bebauungsplan Nr. 731 – östlich Kohlplatzweg gegenüber Rathenaustraße – Entscheidung über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	3931/08	788/08
26. Bebauungsplan Nr. 738 – westlich Bruckersche Straße – Beschluss zur Aufstellung und öffentlichen Auslegung	3932/08	789/08
27. Bebauungsplan Nr. 746 - zwischen Bergstiege und Bruckhausen- park - Einleitender Beschluss	3903/08	
28. Bebauungsplan Nr. 747 – Geldolfstraße/Am Strathhof/Tönis- berger Straße / Cyriakusstraße – Einleitender Beschluss	3933/08	
29. Umsetzung von Ratsbeschlüssen zum Klimaschutz Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.07.2008	3985/08	
30. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen (§ 8 KAG NW) in der Stadt Krefeld vom 15.06.1990	3874/08	772/08
31. Verleihung des Preises „Bürgerschaftliche Selbsthilfe“ 2008	3975/08	
32. nicht belegt		
33. Umbesetzungen in Ausschüssen	3894/08 3995/08	

	Vorlage-Nr.:	Anlage-Nr.:
34. Genehmigungsantrag zur wesentlichen Änderung der Eisengießerei der Fa. Siempelkamp GmbH – Sachstand - Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 17.9.2008 -	3872/08 3952/08	
35. Zementwerk im Krefelder Hafen - Anträge der Fraktionen KK/Die Unabhängigen vom 17.9.2008, der SPD vom 13.10.2008 und der Grünen vom 14.10.2008 -	3873/08 3955/08 3950/08 3965/08	
36. Überörtliche Prüfung der Stadt Krefeld durch die Gemeinde-prüfungsanstalt (GPA) und Umsetzung des GPA-Berichts durch die Verwaltung - Anträge der Fraktionen der Grünen vom 24.9.2008 und der FDP vom 2.10.2008 -	3878/08 3948/08 3991/08	
37. Verlegung B 9 - Anträge der Fraktionen KK/Die Unabhängigen vom 24.9.2008, der CDU vom 28.10.2008 und der FDP vom 30.10.2008 -	3886/08 3896/08 3999/08 4002/08	
38. Resolution gegen die Schließung des Callcenters der Deutschen Telekom in Krefeld - gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vom 25.9.2008 -	3971/08	
39. „Rotlichtmilieu“ Alte Linner Straße/Seidenstraße - Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 30.9.2008 -	3947/08 3979/08	
40. Ostwallüberdachung - Anträge der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 13.10.2008 und 21.10.2008 -	3964/08 3980/08 3987/08	
41. Geplanter Bau einer Hochspannungsleitung im Krefelder Westen - Antrag der Fraktion der Grünen vom 14.10.2008 -	3951/08 3992/08	
42. Durchführung einer Einwohnerfragestunde - Antrag der FDP-Fraktion vom 15.10.2008 -	3963/08	
43. Anfragen		

Um 18:05 Uhr eröffnet Oberbürgermeister Kathstede die Sitzung. Er stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt ist.

Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Kathstede erklärt sich der Rat damit einverstanden, folgende Unterlagen bei bereits bestehenden Tagesordnungspunkten in die Tagesordnung aufzunehmen bzw. auszutauschen:

bei

Punkt 9: Einrichtung einer ausländerrechtlichen Beratungskommission

zusätzlich Vorlage Nr. 4000/08

- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2008 -

bei

Punkt 14: Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Krefeld und

über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme

Austausch der Vorlage Nr. 3925/08 gegen die Vorlage Nr. 3925/08/1

bei

Punkt 33: Umbesetzungen in Ausschüssen

zusätzlich Vorlage Nr. 3995/08

bei

Punkt 36: Überörtliche Prüfung der Stadt Krefeld durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)

und Umsetzung des GPA-Berichts durch die Verwaltung

- Anträge der Fraktionen der Grünen vom 24.9.2008 und der FDP vom 2.10.2008 -

zusätzlich Vorlage Nr. 3991/08

bei

Punkt 37: Verlegung B 9

- Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 24.9.2008 -

zusätzlich Vorlagen Nrn. 3999/08 und 4002/08

- Anträge der Fraktionen der CDU vom 28.10.2008 und der FDP vom 30.10.2008 -

bei

Punkt 39: „Rotlichtmilieu“ Alte Linner Straße/Seidenstraße

- Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 30.9.2008 -

zusätzlich Vorlage Nr. 3979/08

bei

Punkt 40: Ostwallüberdachung

- Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 13.10.2008 -

zusätzlich Vorlagen Nrn. 3980/08 und 3987/08

- Verwaltungsvorlage und Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 21.10.2008 -

bei

Punkt 41: Geplanter Bau einer Hochspannungsleitung im Krefelder Westen

- Antrag der Fraktion der Grünen vom 14.10.2008 -

zusätzlich Vorlage Nr. 3992/08

Oberbürgermeister Kathstede weist darauf hin, dass auf den Tischen gemäß § 23 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Krefeld die Liste der zur Einwohnerfragestunde eingegangenen Fragen (Vorlage Nr. 3993/08) ausliege.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünscht Oberbürgermeister Kathstede Ratsherrn Pasch zur Vollendung des 70. Lebensjahres, Ratsfrau Oellers zur Vollendung des 35. Lebensjahres und Beigeordneten Schneider zur Vollendung des 60. Lebensjahres.

Im Anschluss verabschiedet Oberbürgermeister Kathstede Stadtverwaltungsdirektor Rolf Hox, der zum 31.10.2008 aus dem Dienst der Stadt Krefeld ausscheide. Er geht auf die Tätigkeit von Stadtverwaltungsdirektor Hox als Schriftführer des Hauptausschusses und des Rates sowie im Repräsentationsbereich ein, würdigt dessen Arbeit und dankt ihm im Namen des Rates und der Verwaltung für seinen Einsatz.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Ratsherr Hahnen der Würdigung und dem Dank von Oberbürgermeister Kathstede an.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift über die 32. Sitzung des Rates am 4.9.2008

- Öffentlicher Teil -

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 2:

Mitteilungen und Eingänge

Es liegen keine Mitteilungen und Eingänge vor.

Punkt 3:

nicht belegt

Punkt 4:

Vorlage Nr. 3993/08

Einwohnerfragestunde

Oberbürgermeister Kathstede erläutert eingehend das Verfahren für die Durchführung von Einwohnerfragestunden.

Er stellt fest, dass der Fragesteller zur laufenden Nr. 1 der Liste, Herr Ralf W. Schneiders, anwesend ist.

Beigeordneter Visser nimmt zur Frage von Herrn Schneiders Stellung. Er führt aus, dass Herr Schneiders ein Verfahren vor dem Landgericht Krefeld angestrengt habe, dass ein Beschluss dahingehend gefasst werde, ein selbständiges Beweisverfahren aufzunehmen. Während des laufenden Verfahrens könne die Verwaltung keine Aussagen zum Sachverhalt treffen.

Herr Schneiders schildert eingehend den Sachverhalt und wirft die Frage auf, wann die Verwaltung dem Zustand ein Ende bereite.

Oberbürgermeister Kathstede weist darauf hin, dass der Sachverhalt bekannt sei und sich die Verwaltung in einem laufenden Verfahren nicht äußern könne.

Beigeordneter Visser gibt ergänzende Erläuterungen zu dem von Herrn Schneiders angestrengten Beweisverfahren.

Oberbürgermeister Kathstede erklärt, nach einem Gespräch mit dem Baudezernenten auf Herrn Schneiders zukommen zu wollen.

Ratsherr Kokol nimmt für die SPD-Fraktion Stellung und erklärt, dass seines Erachtens dringend Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Oberbürgermeister Kathstede stellt auf Nachfrage fest, dass der Fragesteller zur laufenden Nr. 2 der Liste, Herr Armin Willutzki, anwesend ist.

Stadtdirektorin Zielke beantwortet die Frage von Herrn Willutzki und führt aus, dass die Stadtverwaltung im weiteren Bereich einschließlich Zoo, Schulen und Seniorenheimen derzeit 160 Zusatzbeschäftigungen nach SGB II, umgangssprachlich Ein-Euro-Jobs genannt, anbiete.

Herrn Willutzki erbittet eine weitere Stellungnahme zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.

Oberbürgermeister Kathstede sagt eine Stellungnahme zu.

Seitens der Fraktionen werden keine Stellungnahmen abgegeben.

Auf Nachfrage stellt Oberbürgermeister Kathstede fest, dass der Fragesteller zur lfd. Nr. 3 der Liste, Herr Klaus Holter, anwesend ist.

Beigeordneter Visser nimmt zu den Fragen von Herrn Holter Stellung und führt aus, dass die Firma Siempelkamp einen Antrag bei der Bezirksregierung Düsseldorf gestellt habe, über den die Stadt Krefeld nicht zu entscheiden habe. Die Stadtverwaltung sei lediglich am Verfahren beteiligt. Das Unternehmen habe zunächst unvollständige Unterlagen eingereicht, die nach Überarbeitung derzeit öffentlich ausliegen. Die Stadt Krefeld habe bereits zugesagt, ihre Stellungnahme öffentlich bekannt zu geben.

Herr Holter geht auf eine Äußerung von Oberbürgermeister Kathstede zur Erweiterung der Firma Siempelkamp ein und kritisiert, dass die Stadt seines Erachtens die Probleme der Anwohner nicht berücksichtige. Er hinterfragt die Einflussmöglichkeiten der Verwaltung auf das Genehmigungsverfahren.

Oberbürgermeister Kathstede weist darauf hin, dass die Verwaltung sehr wohl die Interessen der Anwohner berücksichtige. Auch habe Siempelkamp ein Gespräch mit den Bürgern angeboten. Oberbürgermeister Kathstede unterbreitet das Angebot, einen weiteren Gesprächstermin mit dem Unternehmen, dem Bezirksvorsteher und Ratsmitgliedern in die Wege zu leiten.

Ratsherr Feld erklärt, dass die beabsichtigte Erweiterung der Firma Siempelkamp mehrfach in der Bezirksvertretung Nord behandelt worden sei. Die Bezirksvertretung sei der Ansicht, dass die ansässige Industrie unbedingt unterstützt werden solle, zumal gemäß

Baurecht ein Anspruch gegeben sei. Er weist darauf hin, dass das Unternehmen die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen zugesagt habe.

Ratsherr Meyer erklärt, dass sich die SPD-Fraktion ebenfalls für eine Erweiterung ausspreche, sich jedoch ein anderes Verfahren wünsche, bei dem die Verwaltung zu einem früheren Zeitpunkt auf die Anwohner zugehe und diese beteilige.

Ratsherr Lattrich stellt einen Zusammenhang zu Punkt 34 der Tagesordnung - Genehmigungsantrag zur wesentlichen Änderung der Eisengießerei der Fa. Siempelkamp GmbH - Sachstand - her und äußert sich kritisch zu der entsprechenden Verwaltungsvorlage,

Ratsherr Bönders spricht sich ebenfalls für einen verbesserten Dialog zwischen Siempelkamp und den Anwohnern aus.

Ratsherr Heitmann geht auf die Ausführungen von Ratsherrn Lattrich ein und weist darauf hin, dass die Verwaltung in ihrer Vorlage den erbetenen Sachstandsbericht gegeben habe. Zur Sache erklärt er, dass die FDP-Fraktion in Übereinstimmung mit dem Bürgerverein die Haltung vertrete, eine Erweiterung der Firma Siempelkamp zu begrüßen, aber gegenseitige Toleranz und Rücksichtnahme einzufordern.

Oberbürgermeister Kathstede stellt auf Nachfrage fest, dass der Fragesteller zur lfd. Nr. 4 der Liste, Herr Michael Richter, nicht anwesend ist. Seine Fragen würden somit schriftlich beantwortet.

Im Anschluss stellt Oberbürgermeister Kathstede fest, dass die Fragestellerin zur lfd. Nr. 5 der Liste, Frau Ruth Brauers, ebenfalls nicht anwesend ist. Auch ihre Fragen würden somit schriftlich beantwortet.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Punkt 5:

Vorlage Nr. 3780/08

Abberufung eines Prüfers beim Fachbereich Rechnungsprüfung

Beschluss:

Der Stadtbeschäftigte Volker Peltzer wird gemäß § 104 (2) GO NW als Prüfer beim Fachbereich Rechnungsprüfung abberufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 6:

Vorlage Nr. 3984/08

Anlage Nr. 793/08

Unterrichtung über die von der Verwaltung angenommenen Spenden

Beschluss:

Der Bericht über die von der Verwaltung im I. Halbjahr 2008 gemäß Anlage Nr. 793/08 angenommenen Spenden wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7:

Vorlage Nr. 3988/08

Anlagen Nrn. 794/08 und 795/08

Vergnügungssteuersatzung der Stadt Krefeld

Ratsherr Hahnen erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen wolle. Gleichwohl mahnt er Maßnahmen der Verwaltung zur Verhinderung weiterer Spielhallen an.

Ratsherr Lattrich erklärt, dass die Fraktion KK/Die Unabhängigen die Ansiedlung von Spielhallen auch im Hinblick auf die Entwicklung im „Seidenviertel“ weiter verfolgen wolle.

Beschluss:

1. Die Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Krefeld vom 12.12.2002, zuletzt geändert am 18.12.2006, wird in der als Anlage Nr. 794/08 beigefügten Fassung rückwirkend ab 01.01.2003 beschlossen.

2. Die Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 18.12.2006 wird in der als Anlage Nr. 795/08 beigefügten Fassung rückwirkend ab 01.01.2006 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion KK/Die Unabhängigen

Punkt 8:

Vorlage Nr. 3969/08

Anlage Nr. 790/08

Erlass einer Gebührensatzung für Tätigkeiten nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW)

Beschluss:

Aufgrund der §§ 7, 41 Abs. 1. Satz 2 Buchst. f) und i) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.94 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.08 (GV NW S. 514) und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.69 (GV NW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.12.07 (GV NW 2008 S. 8) hat der Rat der Stadt Krefeld am..... die als Anlage beigefügte Gebührensatzung (Anlage Nr. 790/08) für Tätigkeiten nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 9:

Vorlagen Nrn. 3994/08 und 4000/08

Anlage Nr. 796/08

Einrichtung einer ausländerrechtlichen Beratungskommission
und Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2008

Oberbürgermeister Kathstede erklärt, dass sich die Fraktionen darauf verständigt hätten, die Angelegenheit im Hauptausschuss zu behandeln. Er verweist auf die Beratung und Beschlussfassung in der vorhergegangenen Sitzung des Hauptausschusses.

Beschluss:

Die ausländerrechtliche Beratungskommission wird eingerichtet. Die Verfahrensgrundsätze werden in der geänderten Fassung mit folgender weiterer Änderung beschlossen:

In Ziffer I wird folgender Punkt d) aufgenommen:

"des Arbeitskreises für Zuwanderung und Integration"

Die bisherigen Punkte d) bis f) werden zu Punkten e) bis g).

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und 1 weitere Stimme

Punkt 10:

Vorlage Nr. 3989/08

Klageverfahren gegen die Änderungsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf

Ratsherr Kokol erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen werde, da nicht von einem Erfolg der Nichtzulassungsbeschwerde ausgegangen werden könne und geschätzte Kosten in Höhe von 5.000 EUR sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Oberbürgermeister Kathstede nimmt zu den Ausführungen von Ratsherrn Kokol Stellung und verweist auf den Anspruch der Bürger, vor Fluglärm geschützt zu werden.

Ratsherr Bönders spricht die Situation eines Großteils der Bevölkerung an und hinterfragt die Position der Krefelder Landtagsabgeordneten zu den Flugausweitungen am Flughafen Düsseldorf.

Ratsherr Lattrich weist darauf hin, dass die Partei der Grünen zu Zeiten der Beteiligung an der Landesregierung ausreichend Gelegenheit gehabt hätte, Maßnahmen zu ergreifen.

Ratsherr Heitmann verweist auf eine anwaltliche Stellungnahme, die Ansatzpunkte zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde enthalte. Er spricht sich dafür aus, den Gerichtsweg weiter zu beschreiten.

An einer kurzen weiterführenden Diskussion beteiligen sich Ratsherr Kokol und Ratsherr Fabel.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Krefeld nimmt die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 27.8.2008 in dem Verwaltungsstreitverfahren gegen das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wegen Anfechtung der Genehmigung zur Änderung der Betriebsregelung für das Parallelbahnsystem des Verkehrsflughafens Düsseldorf vom 9.11.2005 zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Krefeld beschließt, Rechtsmittel gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 27.8.2008 einzulegen.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und 1 weitere Stimme

Punkt II:

Vorlage Nr. 3863/08

Anlagen Nrn. 769/08 und 770/08

Beteiligung der Stadt Krefeld am Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper als Anstalt öffentlichen Rechts

Beschluss:

Der Rat stimmt zu

- a) dass das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper als Anstalt öffentlichen Rechts durch und nach Maßgabe einer Rechtsverordnung (Anlage Nr. 769/08) des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG) zum 01.01.2009 errichtet wird,
- b) dass die Stadt Krefeld neben dem Land Nordrhein-Westfalen sowie den Städten Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen, Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie dem Kreis Wesel in die Trägerschaft des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Rhein-Ruhr-Wupper als Anstalt öffentlichen Rechts eintritt,
- c) dass die Finanzierung der Untersuchungsanstalt auf der Grundlage des zwischen den beteiligten Kommunen und dem Land NRW abgestimmten Entwurf einer Finanzsatzung gemäß Anlage Nr. 770/08 erfolgt und dass der Anteil der Stadt Krefeld am Stammkapital in Höhe von 15 000 € der

Untersuchungsanstalt rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird,

- d) dass die zwischen dem Kreis Wesel und der Stadt Krefeld abgeschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Lebensmitteluntersuchungen bei dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen und Umwelthygiene des Kreises Wesel vom 2. April 2001 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf 2001,

S. 190) zum Zeitpunkt der Errichtung der Untersuchungsanstalt im gegenseitigen Einverständnis aufgehoben wird, wenn zeitgleich der Kreis in die Trägerschaft der Untersuchungsanstalt eintritt.

- e) Für den Fall, dass die Stadt Duisburg noch nicht zum 01.01.2009 in die Trägerschaft der Untersuchungsanstalt eintreten kann, dass

- die Beschlüsse nach Buchstabe a) bis c) für die Errichtung der integrierten Untersuchungsanstalt ohne Mitträgerschaft der Stadt Duisburg entsprechend gelten,

- nach dem 01.01.2009 einem Eintritt der Stadt Duisburg in die Trägerschaft der integrierten Untersuchungsanstalt nach Maßgabe der in den Beschlüssen nach Buchstabe a), b) u. c) aufgeführten Rahmenbedingungen bereits jetzt zugestimmt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 12:

Vorlage Nr. 3828/08

Anlage Nr. 767/08

Änderung der Benutzungsordnung und Entgeltregelung für die Mediothek Krefeld

Beschluss:

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt die Ergänzung der Entgeltregelung für die Mediothek Krefeld gemäß Anlage Nr. 767/08.

Abstimmungsergebnis:

mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Grünen

Punkt 13:

Vorlage Nr. 3867/08

Rechtsverordnung zur Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Überschneidungsgebieten für Grundschulen und Schulbezirke für Berufsschulen – ohne Bezirksfachklassen – der Stadt Krefeld

Beschluss:

Die "Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Überschneidungsgebieten für Grundschulen und Schulbezirke für Berufsschulen -ohne Bezirksfachklassen- der Stadt Krefeld" vom 05.01.1989 in der Fassung vom 22.02.2000 (Krefelder Amtsblatt Nr. II vom 16.03.2000, S. 62) wird rückwirkend zum 01.08.2008 durch die beiliegende Rechtsverordnung zur Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Überschneidungsgebieten für Grundschulen und Schulbezirke für Berufsschulen -ohne Bezirksfachklassen- der Stadt Krefeld aufgehoben (sh. Anlage I).

Abstimmungsergebnis:

mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Grünen und 1 weitere Stimme

Punkt 14:

Vorlage Nr. 3925/08/1

Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Krefeld und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage I beigefügte 1. Änderung der Satzung vom 12.09.2006 über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Krefeld und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme nach Neuberechnung der Gebühren sowie der Modifikation des Satzungsnamens.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen

Punkt 15:

Vorlage Nr. 3926/08

Änderung zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Krefeld für die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage I beigefügte 2. Änderung der Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Krefeld für die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme vom 19.09.06.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen

Punkt 16:

Vorlage Nr. 3929/08

I. Änderung der Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen für Aussiedler, Spätaussiedler und Zuwanderer und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage I beigefügte I. Änderung der Satzung über die Benutzung von Übergangwohnheimen für Aussiedler, Spätaussiedler und Zuwanderer und über die Erhebung von Gebühren für deren Inanspruchnahme vom 20.09.2006.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen

Punkt 17:

Vorlage Nr. 3721/08

Anlage Nr. 744/08

Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Krefeld

Beschluss:

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt aufgrund der §§ 69 ff. Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung vom 14.12.2006 (BGBl. I, S. 3134), des § 3 Absatz 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - AG-KJHG - in der Fassung vom 29.04.2003 (GV. NW S. 254) und des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NW S. 498), die Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Krefeld vom gemäß beiliegender Anlage Nr. 744/08.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 18:

Vorlage Nr. 3866/08

Aufhebung der Richtlinien sowie des Jugendhilfeausschuss- bzw. Ratsbeschlusses hinsichtlich der Richtlinien für die Anerkennung als finanzschwacher Träger bei Schwerpunkteinrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Beschluss:

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt die Aufhebung der Richtlinien für die Anerkennung als finanzschwacher Träger bei Schwerpunkteinrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 19:

nicht belegt

Punkt 20:

Vorlage Nr. 3704/08

Anlage Nr. 740/08

34. vereinfachte Änderung des Landschaftsplanes der Stadt Krefeld im Bereich des Naturschutzgebietes Egelsberg
Satzungsbeschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt gemäß § 29 (2) des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) i.V.m. §§ 7(I), 4(f) der Gemeindeverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in den derzeit gültigen Fassungen die 34. vereinfachte Änderung des Landschaftsplanes der Stadt Krefeld im Bereich des Naturschutzgebietes Egelsberg gemäß Anlage als Satzung. Das Plangebiet ist in den beiliegenden Karten näher bezeichnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 21:

Vorlage Nr. 3930/08

Ehemaliger Güterbahnhof

Antrag zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes gemäß anliegendem Entwurf zu stellen, damit die landesplanerische Prüfung beginnen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 22:

Vorlage Nr. 3900/08

Bebauungsplan Nr. 742 – Güterbahnhof Süd –

Einleitender Beschluss

Beschluss:

I.

Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), bekannt gemacht am 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung, wird für den Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs, der begrenzt wird

- im Süden durch die Neue Ritterstraße;
- im Osten durch die Dießemer Bruch (B57);
- im Norden durch die Gleisanlagen der Deutschen Bahn AG;
- im Westen durch die Güterstraße

ein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.

Die genaue Abgrenzung des künftigen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zu diesem Beschluss gehörenden Plan.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung:

Bebauungsplan Nr. 742 – Güterbahnhof Süd –

2.

Der Einleitende Beschluss für den Bebauungsplan Nr. 659 - Güterbahnhof Süd - vom 18. Mai 2000, bekanntgemacht im Krefelder Amtsblatt am 29. Juni 2000, wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 23:

Vorlage 3887/08

Anlage Nr. 774/08

I. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 428 – beiderseits Emil-Schäfer-Straße –
Entscheidung über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Über die zum Bebauungsplanverfahren vorgebrachten Stellungnahmen wird im Sinne der Begründung zur Vorlage entschieden.
2. Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I) S. 2414 in der derzeit gültigen Fassung, i.V.m. § 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) in der derzeit gültigen Fassung wird die I. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 428 -Beiderseits Emil-Schäfer-Straße - mit den violetten und blauen Eintragungen als Satzung beschlossen.
3. Der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB einschließlich des Umweltberichtes nach § 2a BauGB zur I. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 428 - Beiderseits Emil-Schäfer-Straße - (Anlage Nr. 774/08) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 24:

Vorlage Nr. 3935/08

Bebauungsplan Nr. 610/1 – östlich Parkstraße/südlich Westerburgstraße –

Einleitender Beschluss

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), bekanntgemacht am 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung, wird für den nördlichen Teilbereich des ehemaligen Babcockgeländes, der begrenzt wird
 - im Norden durch die Westerburgstraße,
 - im Osten durch die Wohnbebauung an der Hochstadenstraße,
 - im Süden durch die angrenzenden gewerblich genutzten Hallensowie
 - im Westen durch die Parkstraßeein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.

Die genaue Abgrenzung des künftigen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zu diesem Beschluss gehörenden Plan.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung:

Bebauungsplan Nr. 610 / 1 - östlich Parkstraße / südlich Westerburg-
straße -

2. Der Beschluss des Rates der Stadt Krefeld vom 27. Januar 1994 zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 610 - Lange Straße / Lützowstraße / Parkstraße / Westerburgstraße / Hochstadenstraße - wird für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 610 / 1 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 25:

Vorlage Nr. 3931/08

Anlage Nr. 788/08

Bebauungsplan Nr. 731 – östlich Kohlplatzweg gegenüber Rathenaustraße -

Entscheidung über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Über die im Bebauungsplanverfahren vorgebrachten Stellungnahmen wird im Sinne der Begründung zur Vorlage entschieden.
2. Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), bekannt gemacht am 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung i.V.m. § 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) in der derzeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 731 - östlich Kohlplatzweg gegenüber Rathenaustraße - als Satzung beschlossen.
3. Der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 731 - östlich Kohlplatzweg gegenüber Rathenaustraße - (Anlage Nr. 788/08) wird zugestimmt.
4. Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 731 wird der Flächennutzungsplan gemäß § 13a Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.
5. Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes wird folgender Bebauungsplan innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 731 aufgehoben :
Bebauungsplan Nr. 28 - Hafenstraße -.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Punkt 26:

Vorlage Nr. 3932/08

Anlage Nr. 789/08

Bebauungsplan Nr. 738 – westlich Bruckersche Straße –

Beschluss zur Aufstellung und öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Gemäß § 2 des Baugesetzbuches (BauGB), bekanntgemacht am 23. September 2004 (BGBl. I. S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung, wird in dem Gebiet westlich Bruckersche Straße ein Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB aufgestellt. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ergibt sich aus der zu diesem Beschluss gehörenden Planurkunde.

Der Plan erhält die Bezeichnung:

Bebauungsplan Nr. 738 – westlich Bruckersche Straße –

2. Der Begründung zum v.g. Bebauungsplanentwurf (Anlage Nr. 789/08) wird zugestimmt.
3. Der Entwurf des v.g. Bebauungsplanes wird mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
4. Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes wird im Geltungsbereich folgender Bebauungsplan außer Kraft gesetzt werden:
- Bebauungsplan Nr. 45 Hüls - Krefelder Straße / Planker Dyk -

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen

Punkt 27:

Vorlage Nr. 3903/08

Bebauungsplan Nr. 746 – zwischen Bergstiege und Bruckhausenpark –

Einleitender Beschluss

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), bekanntgemacht am 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung, wird

für den Bereich östlich des Bruckhausenparks, der begrenzt wird

- im Süden durch die nördlichen Grundstücksgrenzen der Häuser Moerser Landstraße Nr. 298 bis 310,
- im Westen durch den Park und das Kinderheim Bruckhausen,
- im Norden durch die südliche Grundstücksgrenze des Hauses Bergstiege Nr. 30 und
- im Osten durch den Weg Bergstiege

ein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet

Die genaue Abgrenzung des künftigen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zu diesem Beschluss gehörenden Plan.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung:

Bebauungsplan Nr. 746 - zwischen Bergstiege und Bruckhausenpark -

2. Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes soll folgender Bebauungsplan innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 746 außer Kraft gesetzt werden:
 - Bebauungsplan Nr. 223/3 (2. Teilgebiet) - I. Änderung - nordwestlich Moerser Landstraße von Haus Nr. 296 bis Liesentorweg - .

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 28:

Vorlage Nr. 3933/08

Bebauungsplan Nr. 747 – Geldolfstraße/Am Strathhof/Tönisberger Straße/Cyriakusstraße –

Einleitender Beschluss

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), bekanntgemacht am 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung, wird für den Bereich zwischen der Geldolfstraße, der Straße Am Strathhof, der Tönisberger Straße und der Cyriakusstraße ein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.

Die genaue Abgrenzung des künftigen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem

zu diesem Beschluss gehörenden Plan.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung:

Bebauungsplan Nr. 747 – Geldolfstraße / Am Strathhof / Tönisberger Straße / Cyriakusstraße –

2. Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes soll der Bebauungsplan Nr. 41 (H) – Friedhoferweiterung Hüls –, soweit er im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 747 liegt, aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 29:

Vorlage Nr. 3985/08

Umsetzung von Ratsbeschlüssen zum Klimaschutz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.07.2008

Beigeordneter Micus gibt ergänzende Erläuterungen zu Ziffer 4 der Begründung der Verwaltungsvorlage und teilt mit, dass Förderanträge für sechs Objekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 11 Mio. EUR gestellt worden seien. Mit Datum vom 27.10.2008 habe die Bezirksregierung Düsseldorf für drei der sechs Objekte mit einem Investitionsvolumen von 7,16 Mio. EUR eine Fördersumme von 4,77 Mio. EUR bewilligt. Der städtische Eigenanteil betrage rd. 2,4 Mio. EUR; dies entspreche einem Eigenfinanzierungsanteil von 30 %.

Ratsherr Bönders weist auf die Ratsbeschlüsse vom 15.5.2008 hin und erhebt die Kritik, dass die daraufhin erstellte Verwaltungsvorlage lediglich Absichtserklärungen oder die Erfüllung gesetzlicher Auflagen beinhalte. Die Fraktion der Grünen vermisste nach wie vor ein Gebäudekataster. Ratsherr Bönders geht auf das Konzept der rentierlichen Kosten und auf die Verpflichtung zur Umsetzung klimapolitischer Ziele der Bundesregierung ein.

Ratsherr Bovenkerk erklärt, dass die SPD-Fraktion die Forderungen der Fraktion der Grünen unterstütze. Im Anschluss spricht er die Ausführungen von Beigeordneten Micus an und erhebt den Vorwurf, dass diese Maßnahmen zu spät eingeleitet worden seien und ein flächendeckendes Konzept nach wie vor fehle. Des Weiteren geht Ratsherr Bovenkerk auf Energieeinsparung, das geplante Kohlekraftwerk und den Einsatz klimafreundlicher Dienstfahrzeuge ein. Abschließend kritisiert er die Behandlung des Themas durch die Fraktionen der CDU und FDP.

Ratsherr Heitmann nimmt zur Bundes- und Landesförderung von Energieeinsparmaßnahmen an Kindergärten und Schulen Stellung und begrüßt die Investition der Stadt Krefeld. Er wirft die Frage auf, aus welchen Mitteln der städtische Eigenanteil finanziert werde und ob die Finanzverwaltung diese Mittel im Haushalt 2009 dargestellt habe.

Beigeordneter Micus führt aus, dass der städtische Eigenanteil großteils aus den für die Schulsanierung zur Verfügung stehenden 20 Mio. EUR entnommen würde.

Stadtkämmerer Abrahams ergänzt, dass sich die Darstellung der Finanzierung nach dem Baufortschritt richte. Bei entsprechenden Ergebnissen könne die Verwaltung bereits für die Sitzung des Hauptausschusses am 20.11.2008 eine Vorlage erstellen.

Ratsherr Dr. Porst äußert sich kritisch zum professionellen Gebäudemanagement der Stadt Krefeld. Des Weiteren fordert auch er ein Gebäudekataster.

Ratsfrau Neukirchner stimmt den Ausführungen von Ratsherrn Dr. Porst zu, dass ein Gebäudekataster dringend erforderlich sei. Im Anschluss spricht sie die vom Unterausschuss Schulsanierung erstellte Prioritätenliste an.

An einer kurzen weiterführenden Diskussion nehmen Ratsfrau Behr und Ratsherr Heitmann teil.

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 30:

Vorlage Nr. 3874/08

Anlage Nr. 772/08

2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen (§ 8 KAG NW) in der Stadt Krefeld vom 15.06.1990

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen (§ 8 KAG NW) in der Stadt Krefeld vom 15.06.1990 wird gemäß Anlage Nr. 772/08 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 31:

Vorlage Nr. 3975/08

Verleihung des Preises „Bürgerschaftliche Selbsthilfe“ 2008

Beschlussvorschlag:

Der Preis "Bürgerschaftliche Selbsthilfe" 2008 wird

der Initiative "Das tägliche Brot" mit	1.500,-- Euro,
der Selbsthilfegruppe der Aphasiker in Krefeld mit	500,-- Euro
und	
Frau Ingrid Falkenstein mit	500,-- Euro

verliehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 32:

nicht belegt

Punkt 33:

Vorlagen Nrn. 3894/08 und 3995/08

Umbesetzungen in Ausschüssen

Beschluss (Vorlage Nr. 3894/08):

Als Vertreter der Katholischen Kirche wird

Pfarrer Georg Weigel anstelle von Pfarrer Klaus Stephan Gerndt als stellvertretendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss (Vorlage Nr. 3995/08):

Folgende Umbesetzung im Kultur- und Denkmalausschuss wird beschlossen:

Bürger Theo Heep anstelle von Ratsherrn Rudolf Brincks als beratendes Mitglied

Bürger Harald Müller anstelle von Bürger Theo Heep als 1. stellvertretendes beratendes Mitglied

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 34:

Vorlagen Nrn. 3872/08 und 3952/08

Genehmigungsantrag zur wesentlichen Änderung der Eisengießerei der Fa. Siempelkamp GmbH

Sachstand

- Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 17.9.2008 -

Ratsherr Lattrich weist darauf hin, dass die Fraktion KK/Die Unabhängigen einen umfassenden Sachstandsbericht von der Verwaltung erwarte. Die Verwaltungsvorlage könne dem nicht genügen. Darüber hinaus erwarte er, dass der Oberbürgermeister ein Gespräch mit Vertretern der Firma Siempelkamp, des Rates und den Anwohnern führe.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 35:

Vorlagen Nrn. 3873/08, 3950/08, 3955/08, 3965/08

Zementwerk im Krefelder Hafen

- Anträge der Fraktionen KK/Die Unabhängigen vom 17.9.2008, der SPD vom 13.10.2008 und der Grünen vom 14.10.2008 -

Ratsherr Lattrich begrüßt, dass sich auch andere Fraktionen dem Antrag seiner Fraktion angeschlossen hätten. Er kritisiert auch hier die Verwaltungsvorlage und wirft die Frage auf, aus welchen Gründen bisher für dieses Vorhaben keine Veränderungssperre angeordnet worden sei.

Ratsherr Hahnen äußert sich kritisch zum bisherigen Verfahren. Er hebt hervor, dass der Rat eine Entscheidung treffen könne und Einflussmöglichkeiten im Rahmen des Verkaufsbeschlusses der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Verträge habe. Des Weiteren erhebt er den Vorwurf, dass die CDU-Fraktion die Angelegenheit bewusst aus parteitaktischen Gründen verzögere.

Ratsherr Bönders weist auf das Hochbelastungsgebiet im Krefelder Hafen hin. Angesichts dessen könne er den Beschlussantrag der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen, die lediglich einen Sachstandsbericht fordere.

Beigeordneter Visser geht auf die Kritik von Ratsherrn Lattrich an der Verwaltungsvorlage ein und stellt heraus, dass die Verwaltung für die Sitzung des Rates am 24.6.2008 einen umfassenden Sachstandsbericht abgegeben habe. Die Vorlage für die heutige Sitzung beinhalte somit lediglich das Verfahren nach diesem Zeitpunkt.

Ratsherr Fabel stellt einen Zusammenhang zwischen den möglichen Emissionen des Zementwerkes und des geplanten Kohlekraftwerkes in Krefeld-Uerdingen her. Er wirft die Frage auf, aus welchen Gründen die SPD-Fraktion das eine Projekt befürworte, das andere jedoch ablehne. Für die CDU-Fraktion stellt Ratsherr Fabel fest, dass während der Prüfung des Antrages durch die Bezirksregierung keine Notwendigkeit zu einer Stellungnahme bestehe. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Hafengesellschaft derzeit tätig sei, um die Fläche ggf. einer anderen Nutzung zuzuführen. Er bittet die Fraktion der Grünen um Zurückstellung ihres Antrages, um diese Verhandlungen der Hafengesellschaft nicht zu gefährden.

Ratsherr Heitmann spricht ebenfalls die dem Rat in seiner Sitzung am 24.6.2008 vorgelegte Stellungnahme an und weist darauf hin, dass sich das Vorhaben des Unternehmens mit den planungs- und baurechtlichen Vorgaben decke. Auch er sehe eine Parallelsituation mit dem geplanten Kohlekraftwerk. Ratsherr Heitmann kritisiert den Antrag der Fraktion der Grünen in scharfer Form und bezeichnet ihn als einen Eingriff in Eigentumsrecht. Die FDP-Fraktion sei der Auffassung, dass zum Wohle des Industriestandortes Krefeld jedem Vorhaben eine Chance auf Prüfung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz gegeben werden solle.

Ratsherr Hengst weist die Vergleiche zwischen dem Zementwerk und dem Kohlekraftwerk als unzulässig zurück. Er hebt hervor, dass das Hafengebiet bereits hoch belastet sei und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Eingriffsmöglichkeiten über Nutzungsausschlüsse in den Verträgen habe. Abschließend kritisiert er die Information der Bürger durch die Stadtverwaltung.

Ratsfrau Mälzer geht auf die Ausführungen von Ratsherrn Heitmann ein und weist den Vorwurf des Eingriffs in Eigentumsrecht in scharfer Form zurück. Die Fraktion der Grünen sei der Auffassung, hierbei ein legitimes Mittel auch während eines Genehmigungsverfahrens zu fordern. Des Weiteren äußert sie sich kritisch zu den Ausführungen von Ratsherrn Hengst. Ratsfrau Mälzer erklärt, dass die Fraktion der Grünen ein Taktieren mit dem Unternehmen hinsichtlich der Flächen für die Hafengesellschaft strikt ablehne und von der Verwaltung eine Prüfung der zu verbrennenden Materialien erwarte. Ihre Fraktion werde den Antrag nicht zurückziehen und fordere eine Entscheidung des Rates in der heutigen Sitzung.

Bürgermeisterin Meincke übernimmt in der Zeit von 19.45 Uhr bis 19.58 Uhr die Leitung der Sitzung.

An einer kurzen weiterführenden Diskussion beteiligen sich Ratsherr Latrich, Ratsherr Rundmund und Ratsherr Heitmann.

Ratsherr Fabel nimmt zu den Ausführungen von Ratsherrn Hengst sehr kritisch Stellung. Im Anschluss berichtet er über die Verhandlungen der Hafengesellschaft mit dem Unternehmen. Angesichts dessen könne er den Antrag der Fraktion der Grünen nur als kontraproduktiv bezeichnen.

Stadtkämmerer Abrahams weist darauf hin, dass Ausführungen über Vertragsverhandlungen nicht Bestandteil einer öffentlichen Sitzung sein könnten.

Oberbürgermeister Kathstede, Bürgermeister Scheelen und Ratsherr Heitmann nehmen zu den Ausführungen von Ratsherrn Fabel Stellung.

Oberbürgermeister Kathstede stellt den Antrag der Fraktion der Grünen gemäß Vorlage Nr. 3950/08 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion der Grünen vom 14.10.2008 betreffend Zementwerk in Krefeld-Linn wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, Grünen, KK/Die Unabhängigen bei 1 Stimmenthaltung

Ratsherr Lattrich und Ratsherr Butzen äußern Bedenken gegen die Richtigkeit des festgestellten Abstimmungsergebnisses.

Oberbürgermeister Kathstede stellt fest, dass sich der Rat diesen Bedenken nicht anschließe und keine erneute Abstimmung gewünscht werde.

Beschluss(Vorlage Nr. 3965/08):

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 36:

Vorlagen Nrn. 3878/08, 3948/08, 3991/08

Überörtliche Prüfung der Stadt Krefeld durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und Umsetzung des GPA-Berichts durch die Verwaltung

- Anträge der Fraktionen der Grünen vom 24.9.2008 und der FDP vom 2.10.2008

Ratsfrau Mälzer erklärt, dass der Antrag der Fraktion der Grünen aus der Zeit vor der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses datiere, in der die Verwaltung die Überlassung des Berichtes zugesagt habe. Aufgrund dessen ziehe ihre Fraktion den Antrag zurück.

Oberbürgermeister Kathstede geht auf die Behandlung der Angelegenheit in der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz ein.

Ratsherr Heitmann bittet um frühzeitige Überlassung des GPA-Berichtes, um den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses Gelegenheit zu geben, den umfassenden Bericht für die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 27.11.2008 aufarbeiten zu können. Ferner sei die Verwaltung gebeten, eine Stellungnahme zu dem Bericht abzugeben.

Oberbürgermeister Kathstede sagt zu, den Bericht unverzüglich nach Fertigstellung der Stellungnahme der Verwaltung zu überlassen.

Ratsherr Hahnen erklärt, diesem Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters nicht zustimmen zu können. Er schließt sich der Forderung von Ratsherrn Heitmann nach schnellstmöglicher Überlassung des Berichtes an. Darüber hinaus bittet Ratsherr Hahnen um eine Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der im Bericht bestätigten maroden Bausubstanz vieler Schulgebäude, der Energienutzung, des möglichen Risikos hoher Kassenkredite und der Mängel im Jugend- und Sozialbereich. Ferner solle die Einbeziehung des Qualitätsaspektes als Maßstab geprüft werden.

Oberbürgermeister Kathstede sagt schnellstmögliche Zuleitung des Berichtes zu.

Beschluss (Vorlage Nr. 3991/08):

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 37:

Vorlagen Nrn. 3886/08, 3896/08, 3999/08 und 4002/08

Verlegung B 9

- Anträge der Fraktionen KK/Die Unabhängigen vom 24.9.2008, der CDU vom 28.10.2008 und der FDP vom 30.10.2008 -

Oberbürgermeister Kathstede spricht sich dafür aus, die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung zu verweisen. Er stellt auf Nachfrage fest, dass diesem Vorschlag nicht zugestimmt werde.

Ratsherr Wolff erklärt, dass die CDU-Fraktion um Beschlussfassung über ihren Antrag bitte.

Ratsherr Lattrich weist darauf hin, dass die Angelegenheit bereits seit langem in der Diskussion stehe. Er begrüßt die Antragstellung der CDU-Fraktion, die sich dem Tenor der Fraktion KK/Die Unabhängigen angeschlossen habe.

Ratsherr Rundmund spricht sich ebenfalls für eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung aus, bei der jedoch Überlegungen hinsichtlich der Weiterleitung des LKW-Verkehrs am Ende der Oberschlesienstraße angestellt werden sollten.

Ratsherr Heitmann hinterfragt die Zuständigkeit des Rates, über die Verlegung einer Bundesstraße beschließen zu können. Im Anschluss geht er auf den Antrag seiner Fraktion ein, den er als zielführender als den Antrag der CDU-Fraktion ansehe. Ratsherr Heitmann kritisiert das Vorgehen der CDU-Fraktion, die bisher die Verwaltungsmeinung geteilt habe und eine Entscheidung erst im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung im November befürwortet habe. Er beantragt die Verweisung aller Anträge zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung zu dessen nächster Sitzung.

Beigeordneter Visser beantwortet die von Ratsherrn Heitmann aufgeworfene Frage hinsichtlich der Zuständigkeit des Rates. Der Rat sei befugt, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, ein förmliches Verfahren zur Verlegung einer Bundesstraße beim Land einzuleiten.

Ratsfrau Nottebohm stellt heraus, dass die SPD-Fraktion die Angelegenheit bereits sei 2004 thematisiert habe. Sie begrüßt, dass die CDU-Fraktion nunmehr die gleiche Position eingenommen habe. Ratsfrau Nottebohm betont, dass die vorliegenden Unterlagen erkennen ließen, dass sich die Fraktionen intensiv mit der Thematik befasst hätten. Aus unterschiedlichen Gründen seien Anträge gestellt worden, sie begrüße aber die Tendenz, heute in der Sache eine Entscheidung zu treffen. Eine genaue Betrachtung des Antrages zeige, dass die Begründung einige wichtige Punkte nicht berücksichtige. Im Ergebnis könne sie dem Antrag, nicht aber der Begründung zustimmen.

Ratsherr Wolff nimmt zum Antrag der FDP-Fraktion kritisch Stellung. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion die Situation realistisch einschätze und sich dessen bewusst sei, die gewünschte Südwest-Umgehung nicht umsetzen zu können. Ferner äußert sich Ratsherr Wolff kritisch zur Behandlung der Angelegenheit in der Bezirksvertretung Fischeln.

Ratsherr Renner nimmt zu der Angelegenheit eingehend Stellung.

Ratsherr Lattrich erklärt, den gefundenen Konsens zu begrüßen.

Oberbürgermeister Kathstede stellt zunächst den Verweisungsantrag von Ratsherrn Heitmann zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag auf Verweisung der Anträge der Fraktionen gemäß Vorlagen Nrn. 3886/08, 3999/08 und 4002/08 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mit Mehrheit gegen die Stimmen der FDP-Fraktion

Im Anschluss stellt Oberbürgermeister Kathstede die Anträge der Fraktionen KK/Die Unabhängigen und CDU gemäß Vorlagen Nrn. 3886/08 und 3999/08 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, ein förmliches Verfahren beim Land Nordrhein-Westfalen

dahingehend einzuleiten, die Bundesstraße 9 von der Kölner Straße auf die A 44 und ab der Anschlussstelle Fichtenhain auf die Oberschlesienstraße und Gladbacher Straße zu verlegen.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen 1 Stimme bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und 3 weiteren Stimmenthaltungen

Oberbürgermeister Kathstede stellt fest, dass somit eine Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion obsolet sei.

Punkt 38:

Vorlage Nr. 3971/08

Resolution gegen die Schließung des Callcenters der Deutschen Telekom in Krefeld

- gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vom 25.9.2008 -

Ratsherr Krings erklärt, dass er den Beschluss einer Resolution als nicht zielführend ansehe und ihr nicht zustimmen werde.

Oberbürgermeister Kathstede nimmt zu den Ausführungen von Ratsherrn Krings kritisch Stellung und stellt den Resolutionsentwurf zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Fraktionen im Rat der Stadt Krefeld sprechen sich gegen eine Schließung des Callcenters der Deutschen Telekom AG in Krefeld aus.

Sollte die Deutsche Telekom AG bei ihrem Beschluss bleiben, sind rd. 90 Beschäftigte in Krefeld betroffen. Besondere Bedeutung erhält die Vorgehensweise der Deutschen Telekom AG auch deshalb, weil das vorhandene Ausbildungszentrum für die Standorte Krefeld und Wesel mit Sitz in Krefeld ebenfalls wegfallen würde. Die Ausbildung zum KDM (Kaufleute für Dialog Marketing) würde eingestellt.

Obwohl die Deutsche Telekom AG allen Beschäftigten gleichwertige Ersatzarbeitsplätze anbietet, sind die Auswirkungen fatal. Besonders viele Teilzeitarbeitsplätze von Frauen sind durch diese Maßnahme akut gefährdet. So sind in Krefeld 30 von 88 Arbeitsplätzen betroffen. Gerade für diese Personengruppe ist ein Arbeitsplatz, der nur mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand zu erreichen ist, nicht akzeptabel. Damit kommt die Vorgehensweise der Deutschen Telekom faktisch einer Kündigung gleich.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG haben in den vergangenen Jahren erhebliche

Opfer zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze gebracht. Als Stichworte seien hier nur die Ausgliederungen in Servicegesellschaften und die damit verbundenen Gehaltskürzungen genannt.

Wir fordern die Deutsche Telekom AG daher auf, ihrer sozialen Verantwortung in dieser Region gerecht zu werden. Die Neuausrichtung der Callcenter darf nicht zu Lasten der Beschäftigten umgesetzt werden.

Die Deutsche Telekom AG wird von uns eindringlich aufgefordert, von ihren Beschlüssen Abstand zu nehmen und sich an einer konstruktiven Lösung des Konfliktes zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen 1 Stimme

Punkt 39:

Vorlagen Nrn. 3947/08 und 3979/08

„Rotlichtmilieu“ Alte Linner Straße/Seidenstraße

- Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 30.9.2008 -

Ratsherr Lattrich begründet den Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen und weist auf die Situation der Anwohner hin. Er zitiert aus der Verwaltungsvorlage und einer Presseveröffentlichung zu dieser Angelegenheit.

Ratsfrau Drießen-Seeger nimmt zu der Problematik eingehend Stellung und führt anhand von Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch 2006 aus, dass die Einwohnerzahl in diesem Wohngebiet ständig abnehme und eine hohe Arbeitslosenquote bestehe.

Ratsherr Krings erklärt, dass er den Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen begrüße und sich dafür ausspreche, die Konsequenzen des in Rede stehenden Urteils auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen.

Ratsfrau Behr äußert sich kritisch über ihres Erachtens frauenfeindliche Diskussionstendenzen. Im Anschluss nimmt sie zur Sache Stellung.

Ratsherr Heitmann hebt hervor, dass der Rat in dieser Angelegenheit keine Entscheidung zu treffen habe. Er weist auf die Verwaltungsvorlage hin, die eindeutige Aussagen dahingehend treffe, dass die Stadt über keine rechtliche Handhabe verfüge, gegen Prostitution außerhalb eines Sperrbezirkes vorzugehen.

Oberbürgermeister Kathstede stimmt den Ausführungen von Ratsherrn Heitmann zu und beantragt Schluss der Aussprache gemäß § 13 der Geschäftsordnung für den Rat. Er stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Antrag auf Schluss der Aussprache gemäß § 13 der Geschäftsordnung des Rates wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion KK/Die Unabhängigen

Beschluss (Vorlage Nr. 3979/08):

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 40:

Vorlagen Nrn. 3964/08, 3980/08, 3987/08

Ostwallüberdachung

- Anträge der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 13.10.2008 und vom 21.10.2008 -

Ratsherr Latrich begründet die Anträge der Fraktion KK/Die Unabhängigen eingehend.

Oberbürgermeister Kathstede äußert sich kritisch zu den beantragten Prüfaufträgen an die Verwaltung.

Ratsherr Hahnen spricht sich dafür aus, angesichts der bereits geführten Diskussionen nunmehr keine Diskussion über das Material der Überdachung zu beginnen. Er beantragt, die Frage des Überdachungsmaterials zur weiteren Beratung unter stadtgestalterischer Fragestellung an den Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung zu verweisen.

Oberbürgermeister Kathstede stellt fest, dass Ratsherr Hahnen einen Antrag zur Geschäfts-ordnung gestellt habe, und bittet die Fraktionen um Stellungnahme.

Ratsherr Wolff verweist auf den im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung bereits gefassten Beschluss zur Prüfung einer Stahl-Glas-Lösung einerseits und Textillösung anderer-seits. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion weder den Anträgen der Fraktion KK/Die Unabhängigen noch dem Antrag von Ratsherrn Hahnen auf Verweisung der Angelegenheit zustimmen werde.

Ratsherr Heitmann erklärt, dass die FDP-Fraktion ebenfalls einer Verweisung nicht zustimmen werde.

Ratsherr Rundmund erklärt, dass angesichts der Probleme in der Innenstadt seine Fraktion die Frage des Materials der Überdachung als marginal ansehe und sich gegen eine Verweisung ausspreche.

Oberbürgermeister Kathstede stellt den Antrag der SPD-Fraktion auf Verweisung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung der Anträge der Fraktion KK/Die Unabhängigen gemäß Vorlagen Nrn. 3964/08 und 3987/08 an den Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion

Im Anschluss stellt Oberbürgermeister Kathstede fest, dass lediglich der Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen gemäß Vorlage Nr. 3987/08 zur Abstimmung zu stellen sei.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion KK/Die Unabhängigen vom 21.10.2008 betreffend Ostwallüberdachung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion KK/Die Unabhängigen

Beschluss (Vorlage Nr. 3980/08):

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 4l:

Vorlagen Nrn. 3951/08, 3992/08

Geplanter Bau einer Hochspannungsleitung im Krefelder Westen

- Antrag der Fraktion der Grünen vom 14.10.2008 -

Ratsherr Rundmund dankt der Verwaltung für die informative Vorlage. Er erklärt, dass die Fraktion der Grünen zum Einen beantrage, dass der Rat die Verwaltung auffordere, Einfluss bei der Bezirksregierung auszuüben, ein Planfeststellungsverfahren anstelle eines Plangenehmi-

gungsverfahrens zu betreiben. Zum Anderen werde beantragt, die Stellungnahme der Verwaltung dem Rat vorzulegen. Im Anschluss äußert sich Ratsherr Rundmund zur Gesetzgebungslage in Niedersachsen.

Beigeordneter Visser führt aus, dass die Bezirksregierung bereits Präferenzen für ein Planfeststellungsverfahren habe erkennen lassen, in dem eine tatsächliche Abstimmung durchgeführt werde.

Ratsherr Rundmund erklärt, dass er aufgrund dieser Ausführungen die Antragstellung als erledigt ansehe.

Ratsherr Heitmann spricht sich dafür aus, die Verwaltung mit einer Prüfung der Möglichkeiten zu beauftragen, über die Krefelder Bundestagsabgeordneten darauf hinzuwirken, dass dieser Bereich in den Anhang aufgenommen werde.

Ratsherr Kaiser nimmt zur von Ratsherrn Rundmund angeführten Gesetzeslage in Niedersachsen kritisch Stellung und geht auf die Nachteile von Erdkabeln ein.

Ratsherr Dr. Porst widerspricht Ratsherrn Kaiser und stellt die Vorteile von Erdkabeln heraus.

Oberbürgermeister Kathstede sagt rechtzeitige Information des Rates durch die Verwaltung zu.

Beschluss (Vorlage Nr. 3992/08):

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 42:

Vorlage Nr. 3963/08

Durchführung einer Einwohnerfragestunde

- Antrag der FDP-Fraktion vom 15.10.2008 -

Beschluss:

Der Rat beschließt die Durchführung einer Einwohnerfragestunde in der Ratssitzung am 5.2.2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Punkt 43:

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr